



BERLIN INFO für die Sitzungswoche vom 13.-17.3.2023

- Interview im SWR zur Wahlrechtsreform
- Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 23. und 24. März 2023
- Antrag - EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln - Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik
- Antrag - Leiharbeit - Gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen
- Zur Einführung des 49-Euro-Tickets
- Antrag - Preiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr verhindern
- Antrag - Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler
- Antrag - Selbstständige Existenzsicherung von Frauen fördern
- Antrag - Endometriose wirksam bekämpfen
- Antrag - Sprachmittlung in der Pflege und im Gesundheitssystem für alle einführen

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Freundinnen und Freunde.

Heute hat der Bundestag über die Wahlrechtsreform namentlich abgestimmt. Grundsätzlich ist es richtig, den Bundestag zu verkleinern. Doch darf das nicht allein für die Anzahl der Bundestagsabgeordneten und deren MitarbeiterInnen gelten, sondern auch für den gesamten Regierungsapparat: Die Ampelkoalition hat 10000 neuen Stellen geschaffen – davon 168 B-Beamten-Stellen mit Mehrkosten von 50 Mio. Euro pro Jahr! Und problematisch bleibt, dass es demnächst aus manchen Regionen keine Abgeordneten mehr geben könnte. Das kann nicht im Interesse der BürgerInnen sein, die in diesem Wahlkreis wohnen. Meine Position hat der SWR in einem [Interview](#) veröffentlicht. Weitere Positionen der Fraktion gibt es [hier](#).

Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 23. und 24. März 2023 - Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte sich in seiner Rede u.a. bereit, die eigenen militärischen Beschaffungsvorhaben auch für andere EU-Mitgliedstaaten zu öffnen. Amira Mohamed Ali argumentiert dagegen, dass eine weitere Aufrüstung lediglich die Bereicherung der Rüstungsindustrie zur Folge habe. Frieden werde damit aber nicht erreicht! [[Rede](#)]



Antrag - EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln - Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik - Ohne Debatte stand dieser von mir eingebrachte Antrag auf der Tagesordnung des Bundestages. In seiner jetzigen Form würde die Umsetzung des Mercosur-Abkommens fatale Folgen für Menschen, Umwelt und Klima haben. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für Neuverhandlungen des Abkommens mit dem Ziel einzusetzen, Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards verbindlich im Abkommen festzuschreiben. Der Ratifizierungsprozess muss gestoppt werden. [[Antrag](#)]

Antrag - Leiharbeit - Gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen - In der Leiharbeit wird das Prinzip „Besser mit Tarifvertrag“ systematisch ausgehöhlt. Die Tariföffnungsklauseln im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) sind zu streichen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Leiharbeitsbeschäftigten entsprechend dem in der EU-Richtlinie verankerten Gleichstellungsgrundsatz die wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen erhalten, die ihnen bei einer Direktanstellung im Entleihunternehmen gewährt würden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. [[Antrag](#)]

Zur Einführung des 49-Euro-Tickets - Am Donnerstag wurde das 49-Euro-Ticket beschlossen. DIE LINKE hat sich enthalten. Denn angesichts der gravierenden Lücken und Probleme beim Schienen-Personen-Nahverkehr reicht eine solche Maßnahme bei weitem nicht aus. DIE LINKE hat zwei eigene Anträge in die Debatte eingebracht.

Antrag - Preiserhöhung im öffentlichen Personennahverkehr verhindern - Neun-Euro-Ticket verlängern - Anschlussregelung ab 2023 sicherstellen - Das 9-€-Ticket war ein voller Erfolg und hätte verlängert werden müssen. Wir brauchen einen kostengünstigen ÖPNV und seinen massiven Ausbau mit ausreichend Personal bei guten Arbeitsbedingungen. Das 365-€-Jahresticket ist eine sinnvolle Anschlusslösung. [[Antrag](#)]

Antrag - Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler - Mobilität ist mittlerweile zur Grundvoraussetzung für Ausbildung und Beruf geworden. Gleichzeitig belasten die dazugehörigen Kosten junge Menschen enorm. Denn Minderjährige und Studierende sind überproportional von Armut betroffen. Deshalb fordern wir einen Nulltarif im öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), um armutsbetroffenen Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden durch eine gezielte Entlastung bei zwingenden Ausgaben mehr Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. [[Antrag](#)]

Antrag - Selbstständige Existenzsicherung von Frauen fördern - Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen - Knapp 80 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Deutschland können mit ihrem Einkommen nicht langfristig die Existenz für sich und ein Kind sichern. Die Minijobfalle trägt zu diesem Problem bei. Sämtliche Arbeit sollte sozialversicherungspflichtig sein, um das mittel- und langfristige Armutsrisiko zu senken und Abhängigkeit im privaten Umfeld zu verhindern. [[Antrag](#)]

Antrag - Endometriose wirksam bekämpfen - Endometriose ist eine der weitverbreitetsten gynäkologischen Erkrankungen, von der fast 10 Prozent der Frauen betroffen sind. Und trotzdem ist sie noch relativ wenig erforscht. Wir fordern u.a., dass eine nationale Strategie aufgelegt wird, Aufklärungskampagnen stattfinden und die Behandlung und Diagnostik der Krankheit im Sinne der Betroffenen verbessert wird. [[Antrag](#)]

Antrag - Sprachmittlung in der Pflege und im Gesundheitssystem für alle einführen - Sprachmittler:innen im Gesundheitssystem und in der Pflege können nicht-deutschsprachigen Menschen helfen, eine adäquate, gleichberechtigte Teilhabe an einer menschenwürdigen gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung zu erhalten. Dafür braucht es einen gesetzlich festgelegten Anspruch. Derzeit ist die Situation für Betroffene, ihre Angehörigen sowie für das Personal sehr prekär, verabredete Qualitäts- und Finanzierungsstandards sowie vernetzte flächendeckende Angebote fehlen größtenteils. [[Antrag](#)]

Weitere Infos wie immer auf meiner [Webseite](#) und im [Newsletter](#) der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Mit solidarischen Grüßen



Euer Alexander Ulrich